

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

11.11.1931 (No. 263)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Bolschhoffstraße
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Aufwertungsnotverordnung Auffschubmöglichkeiten

Der Reichspräsident hat die angekündigte Verordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungsfragen erlassen. Am 1. Januar 1932 werden die von den Gläubigern vor Jahresfrist geforderten Aufwertungsbeiträge fällig. Die neue Verordnung sieht vor, daß die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überfordert worden sind, bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertungsstelle den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, sofern er bereits rechtskräftig abgewiesen war, erneuern können. Vorausgesetzt ist dabei, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse geschaffene Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsfristverfahren berücksichtigt werden konnte. Die Voraussetzungen, unter denen die Zahlungsfrist bewilligt werden kann, sind dieselben wie die nach dem Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungsanwartschaften vom 18. Juli 1930. Vereinbarungen zwischen Gläubiger und Schuldner über die Rückzahlung werden nicht angefaßt. Die vor der Aufwertungsstelle bereits geschlossenen Vergleiche werden nicht in die Neuregelung einbezogen.

Nach der Notverordnung kann weiter den Schuldnern von Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen eine Zahlungsfrist für die am 31. Dezember d. J. fällig werdenden aufgewerteten Kapitalbeträge — nicht aber für die bis zum 31. Dezember 1931 gestundeten Tilgungsteilbeträge — in ähnlicher Weise gewährt werden, wie dies in dem Aufwertungsanwartschaftsgesetz vom 18. Juni 1930 für die Schuldner aufgewerteter Hypotheken vorgesehen ist. Die Zahlungsfrist, die nur bis zum 31. Dezember 1931 bewilligt werden kann und während deren nach Möglichkeit Teilzahlungen geleistet werden sollen, darf nur gewährt werden, wenn der Schuldner infolge der Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage über die zur Rückzahlung erforderlichen Mittel nicht verfügt, sie sich auch nicht zu zumutbaren Bedingungen verschaffen kann, oder wenn die Rückzahlung nicht ohne Gefährdung der Fortführung des Unternehmens erfolgen könnte. Die gestundeten Beträge sind ab 1. Januar 1932 mit 7 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen und mit einem Aufgeld von 2 Prozent für jedes angefangene Kalenderjahr, für das die Stundung in Anspruch genommen wird, zurückzuzahlen. Für die Dauer der Stundung darf der Schuldner keine Gewinne an die Gesellschafter ausschütten und in der Regel auch keine Dividenden erhalten. Zuständig für die Bewilligung der Zahlungsfrist ist die bei den Oberlandesgerichten nach früheren Verordnungen gebildete Spruchstelle. Die Anrufung der Spruchstelle muß spätestens bis zum 30. November d. J. erfolgen.

Richtlinien für die Kleinfriedlungen

Der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinfriedlung legt jetzt die Richtlinien zur vorstädtischen Kleinfriedlung und zur Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose der Öffentlichkeit vor.

Voraussetzung für die Gewährung von Reichsdarlehen ist vor allem eine entsprechende Größe der Siedlerstellen, damit die Beschaffung des Lebensunterhaltes für die Familien der Erwerbslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird, so daß in absehbarer Zeit die öffentlichen Fürsorgekosten für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen gemindert werden können. Als Siedler können nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden und für die Bewirtschaftung der Stelle geeignet sind. Besonders bevorzugt sollen langfristig Erwerbslose und kinderreiche Familien werden. Die für die Kleinfriedlung benötigten Grundstücke sollen in erster Linie aus dem Eigenbesitz öffentlicher Körperschaften ohne Aufwand von Barkapital zur Verfügung gestellt werden. Sie müssen günstig gelegen sein.

Die Richtlinien beschäftigen sich dann mit dem Aufbau und der Einrichtung der Aufbringung der Kosten und den vom Reich dazu gewährten Darlehen. Diese dürfen den Höchstbetrag von 2500 RM. je Stelle in keinem Falle überschreiten. Sie sind dinglich herzustellen und mit 4 Proz. zu verzinsen und 1 Proz. zu tilgen. Für die ersten drei Jahre wird der Zinssatz allgemein auf 3 Proz. ermäßigt. Die Verzinsung der Reichsdarlehen beginnt mit dem Anfang des der ersten Ernte folgenden Kalenderjahres, jedoch nicht vor Fertigstellung des Gebäudes, die Tilgung nach Ablauf der ersten drei Jahre.

Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände. Die Auswahl geeigneter Erwerbsloser ist von diesen in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen vorzunehmen. Für die Aufsicht über das Gelände für Kleingärten und die Beschaffung der notwendigen ersten Einrichtung gelten ähnliche Bedingungen.

Der Reichskommissar, Regierungspräsident Saasen, gibt noch Erläuterungen zu den Richtlinien. Es sei zu hoffen, daß schon in absehbarer Zeit eine Senkung der öffentlichen Fürsorgekosten eintreten werde, doch sei die ethische Seite des ganzen Problems bedeutend höher zu bewerten, da der Erwerbslose aus der Enge der Großstadt herausgeführt würde und auf lange Sicht seine Arbeit einbringen könne für die Besserung der Lebensverhältnisse seiner Familie.

Von den vom Reichsfinanzminister zunächst zur Verfügung gestellten 48 Millionen Reichsmark können nach den Richtlinien 20 000 vorstädtische Kleinfriedlungen und 80 000 Schrebergärten geschaffen werden, was einen wertvollen Anfang der ganzen Aktion bedeute. Die Quotenverteilung würde erst dann erfolgen, wenn der von den Ländern angeforderte Generalplan vorliegt.

Der Schiedspruch für die Gemeindearbeiter vom 1. November ist vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Letzte Nachrichten

Vor dem Wiederzusammentritt des französischen Parlaments

Die Interpellationen über die Außenpolitik
Paris, 11. Nov. (Tel.) Das französische Parlament nimmt morgen, nach 1 1/2 monatiger Pause, seine Tätigkeit wieder auf. Die außerordentliche Session wird gegen Weihnachten zu Ende gehen. Sie zeigt eine stark belastete Tagesordnung, da innerhalb der Sitzungsfrist gewisse Finanzgesetze, namentlich über die Bewilligung von Sonderarbeiten für Arbeiten im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, verabschiedet werden müssen. Vorläufig nehmen die Interpellationen, deren Beratung die Regierung sofort vornehmen wird und die sich auf die Außenpolitik beziehen, das größte Interesse in Anspruch.

Es handelt sich bis jetzt um etwa 10 Interpellationen, die sich auf die Außenpolitik, auf das Hoover-Festjahr, die Verhandlungen Hoovers mit Laual, die Lage in Deutschland, die Abklärung und die französischerseits geführten Verhandlungen mit den Sowjets beziehen. Zweifelslos wird Ministerpräsident Laual schon morgen den Antrag stellen, die Interpellationen, die sich auf die Außenpolitik beziehen, sofort zur Verhandlung zu stellen, was ihm gestattet würde, sich unmittelbar über die Unterhaltungen auszusprechen, die er in Washington mit Präsident Hoover geführt hat, und die beiden Verhandlungen, die er augenblicklich mit Deutschland führt.

Ein antisowjetisches Flugzeug

In Konstanz festgehalten

Konstanz, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Auf dem hiesigen Flugplatz ist ein Flugzeug festgehalten worden, dessen Papiere nicht in Ordnung waren. Der Pilot und sein Begleiter wurden festgenommen. Gleichzeitig wurde auch ein Kraftwagen, der Flugblätter mit sich führte, beschlagnahmt. Es wird behauptet, daß das Flugzeug antisowjetische Flugblätter nach Italien befördern wollte.

Es handelt sich — wie weiter gemeldet wird — um das Junkers-Flugzeug 2155. Die Insassen waren ein gewisser Viktor Haefner aus Berlin als Flugzeugführer und ein zweiter Mann, der sich als Belgier ausgab. Beim Start am Sonntagvormittag, den der angebliche Belgier allein vornahm, stellte sich das Flugzeug auf den Kopf und erlitt geringen Schaden. Am Montagvormittag wurde der Weiterflug vom Bezirksamt Konstanz bis zur Klärung der Flugberechtigung untersagt. Bei der Durchsuchung des Gepäckraumes fand der Monteur zwei Flugblätter in italienischer Sprache. Die beiden Flieger wurden zur weiteren Aufklärung der Staatsanwaltschaft übergeben. Es war auch bekanntgeworden, daß das Gepäc am gleichen Nachmittag in dem Auto mit französischem Kennzeichen fortgeschafft worden war. Es gelang, das Auto mit drei Insassen bei der Einfahrt nach Freiburg anzuhalten. Bei der Durchsuchung des Gepäcks fand man Tausende von Flugchriften in italienischer Sprache, in denen zur Bildung von antisowjetischen Gruppen mit genau vorgegebener Organisation zum Zweck der Bekämpfung des Faschismus aufgefordert wird. Die drei Insassen des Autos waren drei Italiener. Obwohl die Verhafteten leugnen, besteht kein Zweifel, daß der Zweck des Fluges nur der gewesen ist, mittels Flugzeugs vom Flugzeug aus über Italien Flugblätter abzuwerfen. Der Deutsche ist wegen Verstoßes militärischer Geheimnisse mit 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mittrauensantrag in Braunschweig abgelehnt

Braunschweig, 11. Nov. (Tel.) Im Landtag wurde das von den Sozialdemokraten eingebrachte Mittrauensvotum gegen Minister Laggas, das heute vormittag als erster Punkt auf der Tagesordnung stand, in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Polnischer Offizier wegen Spionage erschossen

Thorn, 11. Nov. (Tel.) Vor dem Standgericht in Thorn fand gestern eine Verhandlung gegen einen Leutnant der Reserve statt, der Spionage zugunsten eines Nachbarstaates betrieben haben soll. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Da der Staatspräsident von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch machte, wurde der Verurteilte gestern erschossen.

Die Fahrten des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Nach einer Zusammenstellung des Luftschiffbauers „Zeppelin“ hatten die bisher durchgeführten 232 Fahrten des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ eine Gesamtdauer von 3588 Stunden oder 149 1/2 Tagen. Dabei wurden 349 827 Kilometer zurückgelegt. An Bord befanden sich insgesamt 15 472 Personen, davon waren 8778 Passagiere. An Fracht wurden insgesamt einschließlich der Arktisausrüstung 83 147 Kilogramm, an Post 11 899 Kilogramm befördert. Die Gesamtanklast betrug 195 447 Kilogramm, während die Gesamttriebleistung sich auf 3 788 890 Kilogramm belief.

* Das Problem des Preisabbaus

Das Verhältnis der Wirtschaft zur Politik ist heute das des Patienten zum Arzt. Nur daß es sehr viele Ärzte sind, die um das Bett des armen Patienten herumstehen. Und, wie so oft, können sich diese vielen Ärzte vielleicht noch gerade über die Diagnose einigen, über die Therapie aber schon nicht mehr. In solchen Fällen ist es im Leben schon vorgekommen, daß der Patient schließlich die Geduld verlor und nach eigener Methode — unter Beachtung gewisser natürlicher Erfahrungen und Gesetze — seine Heilung selbst in die Hand nahm und damit Erfolg erzielte.

So liegen die Dinge auch bei unserer Wirtschaft. Gätten wir etwas weniger Ärzte, die sich um ihre Befundung bemühen, wären weniger politische und parteipolitische Einflüsse am Werk, würde diese Wirtschaft mehr sich selbst überlassen bleiben, würde sie möglichst frei nach ihren eigenen Gesetzen verfahren können, dann wären wir heute höchstwahrscheinlich auf dem Wege der Wirtschaftsanierung schon weiter.

Bei alledem hat es eine Selbstverständlichkeit zu gelten, daß die Wirtschaft genügend Steuern zahlen muß, daß die Gewinne des Unternehmers nicht ins Unfassbare wachsen dürfen, daß Gehälter von aufreizender Höhe vermieden werden, und daß sich jeder Arbeitgeber nicht nur als in die eigene Tasche wirtschaftender Geschäftsmann, sondern auch als Sachwalter allgemeiner und sozialer Interessen fühlt. Der Wirtschaftsliberalismus ist tot und wird nie wieder auferstehen. Er war ein Extrem und konnte sich auf die Dauer nicht behaupten. Aber das Schlimme war, daß wir von dem einen Extrem ins andere rutschten, daß wir der Wirtschaft Fesseln und Lasten, Gebote und Beschränkungen auferlegten, die sie schließlich langsam erdroffeln mußten.

Zwei führende Zentrumspolitiker, die beide mit Recht in dem Ruf großer staatspolitischer Klugheit stehen, der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und der neue Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei, Abgeordneter Dr. Köhr, haben ebenfalls kürzlich gerade darauf aufmerksam gemacht, daß man der Wirtschaft zuviel zugemutet hat, daß sie vielleicht die eine schwere Last hätte tragen können, aber nicht gleich vier schwere Lasten auf einmal. Jedenfalls wird die deutsche Wirtschaft nur dann wieder gefunden können, wenn man diesen Druck der Lasten erheblich verringert.

In seiner Begründung zum Schiedspruch im Lohnkonflikt der Berliner Metallindustrie hat der Schlichter ausdrücklich gesagt, man dürfe die notwendige Senkung der Gekostungskosten nicht immer nur von der Lohnseite her vornehmen. Es entspricht das vollkommen dem Standpunkt, den wir an dieser Stelle vertreten haben. Aber gerade dann, wenn man diesen Standpunkt einnimmt, müssen eben die anderen Lasten, die auf der Wirtschaft ruhen und sie nicht mehr emporkommen lassen, verkleinert werden. Und das sind die zu hohen Steuern in ihrer Gesamtheit, die sozialen Abgaben, die Zinsen und die zu hohen Unkosten, die durch die öffentlichen Tarife verursacht werden. Würden alle diese Kosten in wirklich nennenswerter Weise gemindert werden können, dann würde die Frage des weiteren Gehalts- und Lohnabbaus kaum noch eine große Rolle spielen.

Nicht erleichtert wird die Gesundung der Wirtschaft neuerdings durch das Problem des Preisabbaus. Die Weltmarktpreise haben sich in den letzten zwei Jahren schon an und für sich in ganz anormaler Weise verringert, und durch die Niedrigerbewertung des englischen Pfunds ist eine weitere Senkung von 15–20 Proz. eingetreten. Natürlich müssen wir uns dem anpassen. Allerdings im wesentlichen nur unsere exportierende Wirtschaft. Nur für sie besteht geradezu ein Zwang, die Preise weiterhin zu senken, um konkurrenzfähig zu bleiben. Gewünscht wird indessen ein viel umfassenderer Preisabbau. Ja, viele sprechen von einem Preisabbau, der unterschiedslos alle Lebensmittel und Bedarfsartikel erfassen müßte.

Wer dieses Postulat aufstellt, gehört allerdings schon zu jenen oben gekennzeichneten Ärzten, die sich über die Heilmethode nicht im klaren sind und durch ihre Rat schläge das Befinden des Patienten leicht verschlimmern können. Die Sache ist nämlich die, daß allgemeine Vorschriften — ganz abgesehen von der Unmöglichkeit ihrer Durchführung — gar nicht aufzustellen sind, da heute auf

dem Gebiet der Preise ein vollkommenes Durcheinander herrscht, da heute jede vernünftige Relation der einzelnen Preisgruppen untereinander aufgehört hat. Und ebenso ist es ja auch mit dem Einkommen der einzelnen Erwerbs- und Berufsklassen.

Um eine gewisse Klarheit zu gewinnen, haben wir von jeher empfohlen, die Preise und Einkommen der Vorkriegszeit zugrunde zu legen unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Lebenshaltungsindex. Praktisch bedeutet das folgendes: ein Preis oder ein Einkommen, das dem Vorkriegsbetrage zuzüglich der durch den Index bedingten 30 Proz. entspricht, ist als normal, ja eher als günstig-normal zu bezeichnen. Selbstverständlich ist bei den Einkommen nicht die personelle Würdigkeit des einzelnen, also nicht der Sonderfall herauszugreifen, sondern das durchschnittliche Bruttoeinkommen zu errechnen, das diese oder jene Schicht im Jahre 1914 hatte, und das sie heute hat.

Wenn man mit diesem durch die Einführung und das Bestehen des Lebenshaltungsindex ja gewissermaßen funktionierten Maßstab mißt, dann ergeben sich sehr interessante, aber auch sehr bedenkliche Resultate. Bedenklich insofern, als sie gegenüber dem Normalstand der Vorkriegszeit eine Verzerrung und ein Mißverhältnis verraten, wie man es sich schlimmer gar nicht denken kann. (Schluß folgt.)

Helft allen Notleidenden, gebt zur Winterhilfe!

Kurze Nachrichten

Zu den Verkegungsversuchen in der Reichswehr teilt das Reichswehrministerium mit, daß bereits vor drei Monaten in Dresden ein Fahnenjunker verhaftet worden sei, der sich kommunistischer Propaganda in seinem Truppenteil schuldig gemacht habe.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Dr. Girtler, kann auf eine 10jährige Amtstätigkeit zurückblicken. Der Reichszentralrat hat in einem Schreiben dem Minister seine Glückwünsche ausgesprochen. Am Landtag beglückwünschte ihn Ministerpräsident Braun.

Der Präsident des Preussischen Landtags, Bartels, unterzog sich in Berlin einer Operation, die von Prof. Sauerbruch vorgenommen wurde. Bartels hat vor einigen Tagen das Westfanatorium verlassen und befindet sich wieder in seiner Wohnung im Landtagsgebäude.

Studentenauszug aus Halle. Etwa 700 Studenten der Universität Halle verließen heute in einem Sonderzuge die Stadt, um sich an der am heutigen Mittwoch in Jena stattfindenden Studentenkundgebung zu beteiligen. Die Gesamtzahl der in Halle immatrikulierten beträgt ungefähr 3000.

Der Verband Berliner Metallindustriellen lehnt den Schiedsspruch ab, durch den das bisherige Lohnabkommen bis Mitte Dezember verlängert werden soll. Da der Metallarbeiterverband daraufhin Verbindlichkeitsklärung beantragen dürfte, werden die Nachverhandlungen voraussichtlich Anfang nächster Woche stattfinden.

Für die Anstellten im rheinischen Braunkohlenrevier wurden in freier Vereinbarung die Gehaltsföhe um durchschnittlich 6 Prozent ermäßigt.

Der Streik in Köln. Heute, Mittwoch, versuchten Anhänger der Streikbewegung vergeblich, die diensttunenden Straßenbahner zum Ausstand zu bewegen. Auf einigen Bahnhöfen kam es zu Ansammlungen. Auch wurden verschiedentlich Straßenbahnzüge mit Steinen beworfen und die Fenster zertrümmert, so daß die Wagen ausgewechselt werden mußten. Im übrigen erlitt der Verkehr keine Störungen.

Adolf Deißmann 65 Jahre alt

Dieser Tag beging Geheimer Konsistorialrat Professor D. Dr. Deißmann seinen 65. Geburtstag. Adolf Deißmann wurde am 7. November 1866 als Sohn eines Geistlichen in Langenscheid (Rastau) geboren. Nach Beendigung seiner theologischen Studien widmete er sich zunächst in Süddeutschland seelsorgerischer Tätigkeit. Im Jahre 1892 habilitierte er sich an der Universität Marburg und fünf Jahre später wurde er als Ordinarius an die Universität Heidelberg berufen. Die Universität Marburg verlieh dem scheidenden Lehrer den theologischen Ehrendoktor. Eine ausgedehnte Forschungsreise führte den Gelehrten 1906 nach Kleinasien und Griechenland und im Jahre 1909 wiederum nach Kleinasien, nach Syrien und Ägypten. Im Jahre 1908 kam Deißmann als ordentlicher Professor an die Friedrich-Wilhelm-Universität nach Berlin, wo er noch jetzt den Lehrstuhl für neutestamentliche Exegese und Philologie der griechischen Bibel innehat.

Seine akademische Lehrtätigkeit und seine hervorragenden wissenschaftlichen Arbeiten haben den Ruf Deißmanns über die Grenzen der Wissenschaft und der kirchlichen Welt hinaus auch im Auslande fest begründet. Große Verdienste erwarb er sich um die Bibelforschung und die archäologischen Aufgaben der Kirchengeschichte. Deißmann, der sich stets in Wort und Schrift für die kirchlichen Einigungsbestrebungen eingesetzt hat, ist auch das Zustandekommen der internationalen Stockholmer Konferenz zu verdanken; größtes Aufsehen weit über Deutschland hinaus erregten seine diesem Willen geltenden Vorlesungen über den Weltprotestantismus. Im Rektoratsjahr 1930/31 wurde Prof. Deißmann zum Rektor der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität gewählt. Zahlreiche in- und ausländische Universitäten, verließen Adolf Deißmann die Ehrendoktorwürde, viele gelehrte Gesellschaften und Akademien ernannten ihn zu ihrem Mitglied.

Bei der Immatrikulation der Universität Heidelberg wurden 534 Studierende aufgenommen, und zwar 47 Theologen, 113 Juristen, 225 Mediziner, 110 Philologen und 29 Naturwissenschaftler. Obwohl die Listen noch nicht ganz abgeschlossen sind, kann vermutet werden, daß der Besuch des diesjährigen Wintersemesters nicht wesentlich hinter dem des Wintersemesters 1930/31 zurücksteht. Bei der Immatrikulation selbst hielt der derzeitige Rektor, Professor Dr. Erdmannsdörfer, eine kurze Ansprache an die Studierenden, in der er den Sinn der akademischen Freiheit deutete und auf die Verpflichtung der Studenten einer Universität hinwies.

An der Handelshochschule Mannheim waren zu den Prüfungen zu Beginn des Wintersemesters 1931/32 51 Kandidaten zugelassen, von denen 12 vor Beginn der Prüfung zurückgetreten sind. Bestanden haben 31 Kandidaten.

Parlamentseröffnung in England Macdonald über Währung und Ausfuhr — Die Opposition zur Kriegsschuldfrage

Die Eröffnung des englischen Parlaments erfolgte am Dienstag in der herkömmlichen feierlichen Weise mit der Verlesung der Thronrede durch den König.

Ministerpräsident Macdonald sagte in einer Rede vor dem Unterhaus, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die englische Ausfuhr gewisse Vorteile durch das Abgehen von der Goldwährung erzielt habe. Diese Vorteile kämen jedoch lediglich England zugute, und man müsse damit rechnen, daß andere Länder, die mit England in Handelsbeziehungen stehen, Gegenaktionen unternehmen würden. Das Problem der Ausbalancierung der englischen Handelsbilanz sei also auf diesem Wege noch keineswegs gelöst. Es bestehe weiter die große Gefahr, daß die Währungsänderungen spekulativ ausgenutzt würden; die Regierung werde aber ein wachsameres Auge gegenüber diesen spekulativen Bestrebungen haben. Macdonald kam auch auf den Besuch des französischen Premierministers in Amerika zu sprechen und erklärte, er messe diesem Besuche größte Bedeutung bei und hoffe, er werde ein Einbernehmen zwischen Frankreich und Deutschland im Gefolge haben. Dazu gehöre es aber, daß jede Nation an dieser Verständigung teil habe, um sie zu einer wirksamen, endgültigen zu machen.

In einer von der Opposition im Unterhaus vorgebrachten Adresse machte der Führer der Opposition, Lansbury, geltend, daß im Jahre 1918 das Parlament einen Frieden gemacht hätte, der kein Frieden gewesen sei. Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutschen Volke die Schuld an dem großen Kriege aufbürdete. Wie aber jedermann wüßte, ist das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich als jedes andere, was ja klar aus den jetzt erschlossenen Tagebüchern der Staatsmänner, die den Krieg und den Frieden gemacht haben, hervorgeht. Wäre es für die Regierung jetzt nicht an der Zeit, die Betrachtungen über die Frage, was hinsichtlich der Reparationen und Wiedergutmachung geschehen sollte, in diesem Sinne zu lösen, wie es von der internationalen Arbeiterbewegung gefordert wird, nämlich, jedes Andenken an den Krieg dadurch auszulöschen, daß alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt ausgeföhren würden. Lansbury meinte, daß ein solcher Schritt, heute getan, rasch zur Befriedung der Welt beitragen müßte. Dann werde die Welt ernten, was sie gesät hat, genau so, wie sie jetzt erntet, was sie 1919 und 1920 gesät hat.

Die Rede Macdonalds im Unterhaus fand bei den Konservativen geteilte Aufnahme. Die Anhänger des Schutzolls in der konservativen Partei scheinen mit seinen Erklärungen über die Bekämpfung des Dumping bei weitem nicht zufrieden zu sein und planen die Einbringung eines Antrages, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß in der Rede keine besonderen Maßnahmen zur Schaffung eines allgemeinen Zolltariffs erwähnt worden sind.

Das Sparprogramm der Reichspost. Der Verwaltungsrat der Reichspost hat das Sparprogramm angenommen, das eine Einsparung von 100 Millionen Reichsmark vorsieht. Der Gesamtetat der Reichspost umfaßt 2 1/2 Milliarden Reichsmark. Die Einsparung soll wie folgt vorgenommen werden: 60 Millionen auf dem Gebiete der Sachausgaben, 15 Millionen bei den Personalausgaben, 6 Millionen durch Minderüberweisung an das Reich infolge des Einnahmerückganges, 19 Millionen durch Kürzung übertragbarer Titel. — Über Gebührenerhöhung bei der Reichspost liegt ein Beschluß des Verwaltungsrates bisher nicht vor.

Über 3,7 Millionen Rundfunkteilnehmer. Am 1. Oktober 1931 betrug die Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland 3 731 948. Darunter befinden sich 218 191 Arbeitslose, Blinde und Schwerkrriegsbeschädigte, denen die Zahlung der Rundfunkgebühren erlassen ist. Nach der Einwohnerzahl entfallen danach auf je 1000 Einwohner 57,7 Rundfunkteilnehmer. Am 1. Juli 1931 wurden 3 719 594 Teilnehmer gezählt. Der Zugang im letzten Vierteljahr beträgt somit 12 354.

Deportation der ausländischen Ägypter. Der „Daily Express“ meldet aus Jerusalem: Nach Meldungen aus Cypern wurde der Sitz des obersten englischen Verwaltungsbeamten in der Gegend von Famagusta in Brand gesetzt. Die Anführer der kürzlichen Unruhen sind zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden. Ferner wurden 400 Verdächtige deportiert.

Der Schwager Hoovers wegen Verstoßes gegen das Alkoholverbot verhaftet. In Santa Monica (Kalifornien) wurde Ranneh Lawitt, der Schwager des Präsidenten Hoover, unter dem Verdacht, 19 Flaschen Alkohol zu besitzen, verhaftet. Mit ihm wurde noch ein Kolonialwarenhandler zur Polizei gebracht. Die beiden Verhafteten wurden dann gegen Stellung einer Kaution von 250 Dollar wieder auf freien Fuß gesetzt, da sie behaupteten, unschuldig zu sein.

Kleine Chronik

Zwischen den Bahnhöfen Landsbut und Ergolding (Niederbayern) geriet nachts eine unbewachte Schafherde auf den Bahndörper. Von einem Personengezuge, der in die Tiere hineinfuhr, wurden 67 Schafe getötet. Da auch später noch immer Tiere auf dem Bahndörper umherirrten, mußten die Züge verschiedentlich anhalten.

Die Untersuchung über die Ursache des schweren Explosionsunglücks im Steinbruch bei Sautenstein (Bez. Pirmasens), das sechs Todesopfer forderte, hat ergeben, daß das Unglück durch grobe Fahrlässigkeit, die in mangelhafter Absperrung und mangelnder Vorkehrung nach dem ersten Sprengschuß erblickt wird, verschuldet wurde.

Der Schlächter Ernst und seine Verlobte Tochter in Göttingen, die seit einigen Tagen vermißt wurden, wurden nunmehr in Göttinger Wäldern tot aufgefunden. Ernst hatte, wie die Ermittlungen ergaben, das Mädchen erschossen und sich dann durch einen Kopfschuß selbst getötet.

Gegen das Urteil im Döllhoff-Prozess in Berlin wurde von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Im Hause Stephanstraße 19 in Berlin-Moabit wurde heute, Mittwoch, vormittag 11 Uhr eine Frau Schimmelpfennig in der Küche ihrer Wohnung mit einem Messer im rechten Auge, durch den auch das Gehirn verletzt wurde, tot aufgefunden. Ob es sich um Raubmord oder Mord aus anderen Motiven handelt, ist noch nicht bekannt.

Infolge heftiger Regenfälle sind die Schleusen des Panamakanals gefährdet. Die Schiffsahrt mußte eingestellt werden. Die „Associated Press“ meldet aus Balboa, daß 17 Schiffe auf der atlantischen und 12 Schiffe auf der pazifischen Seite des Panamakanals auf die Durchfahrt warten.

Nach einer Meldung aus Tegucigalpa in Honduras wurde die Stadt Lasmarica durch einen Orkan vollkommen zerstört. Man befürchtet, daß zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.

Die Arbeitsmarktlage im Reich 4 622 000 Arbeitslose

Die vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter ergeben nach dem Bericht der Reichsanstalt für den 31. Oktober einen Stand von rund 4 622 000. Seit dem Stande vom 15. Oktober, der sich nach den endgültigen Meldungen auf rund 4 484 000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten, die im wesentlichen den Niederschlag der jahreszeitlichen Bewegung am Arbeitsmarkt darstellt. Die Gesamtzunahme seit dem tiefsten Stand Ende Juni beläuft sich auf rund 668 000, während im Vorjahre vom Tiefpunkt bis Ende Oktober ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um rund 617 000 zu verzeichnen war.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 43 000 auf rund 1 185 000 erhöht, in der Krisenfürsorge um rund 58 000 auf rund 1 380 000. Mehrfach wird von den Arbeitsämtern darauf hingewiesen, daß verhältnismäßig viele Arbeitnehmer sich arbeitslos melden, die während des Sommers nur wenige Monate gearbeitet haben und daher keine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erwerben konnten.

Für Ende September liegt jetzt auch die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsunterstützten mit rund 1 208 000 vor. Zu jenem Zeitpunkt verteilten sich die unterstützten Arbeitslosen zu 67,3 Proz. auf die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge und zu 32,7 Proz. auf die öffentliche Fürsorge. In der Zwischenzeit ist durch die Kürzung der Unterstützungsbauxen in der Arbeitslosenversicherung eine Verschiebung hauptsächlich zu Lasten in der Krisenfürsorge eingetreten.

Falsche Gerüchte über Zwangsmonetarisierung

Zu Gerüchten über angebliche Zwangsmonetarisierungspläne für deutsche Werte wird mitgeteilt, daß niemals von irgendwelcher Seite auch nur erwogen worden sei, Auslandsanleihen zu konvertieren. Aber die der Regierung von privater Seite nahegebrachten Gedanken, Inlandsanleihen zu konvertieren, haben in der Reichsregierung keinerlei Erörterungen stattgefunden.

Dienstag nachmittag und abend tagte der zweite Ausschuß des Wirtschaftsrates, der sich mit den Kredit- und Zinsfragen beschäftigte. Nach der Aussprache beider Ausschüsse wird man heute vielleicht schon zu den einzelnen Punkten kommen, die die Reichsregierung den Ausschüssen zur Bearbeitung vorgezeichnet hat.

Die Fremdsprachen in den Höheren Schulen

In einer Sitzung des Unterrichtsaußschusses der Länder im Reichsministerium des Innern hat sich die große Mehrheit für Französisch als Anfangssprache in den Höheren Schulen ausgesprochen. Das bedeutet nicht zugleich eine Entscheidung der Frage, welche neuere Fremdsprache nach Art und Umfang ihres Betriebes zur Hauptsprache gemacht wird. Damit ist die Möglichkeit gegeben, auch die zweite neuere Fremdsprache, das ist in der Mehrzahl der Fälle das Englische, als Fremdsprache zu behandeln. Sonach handelt es sich nicht um eine Bevorzugung der einen oder anderen Fremdsprache aus kultur- oder wirtschaftspolitischen Gründen, sondern lediglich um die pädagogische Frage der zweckmäßigen Reihenfolge der Sprachen.

Badischer Teil Bekämpfung politischer Ausschreitungen

** Im nächsten Gesetz- und Verordnungsblatt wird auf Grund der Verordnung des Staatsministeriums vom 4. November 1931 angeordnet, daß künftig die nach §§ 1 und 4 der Verordnung vom 28. März 1931 vorgeschriebene Anmeldung von öffentlichen, politischen Versammlungen, von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel, sowie von Personenfahrten auf Reitwegen an die Bezirksämter (Polizeidirektionen) zu erfolgen hat.

Zum Verbot, zur Beschlagnahme und zur Einziehung von Plakaten und Flugblättern, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, ist, wenn das Verbot für das ganze Land getroffen werden soll, das Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe zuständig.

Dasselbe gilt für die Beschlagnahme und Einziehung von anderen Druckschriften, in denen eine Kundgebung enthalten ist, wo zum Ungehörigen gegen die Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder Organe, Einrichtungen, Behörden oder Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder eine Religionsgesellschaft beschimpft bzw. verächtlich gemacht wird, oder durch deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

Die Schließung von Räumlichkeiten, in denen einer Mehrheit von Personen Aufenthalt oder Unterkunft gewährt wird, die in diesen Räumen eine, nach dem Republikgesetz oder nach der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verbotene Tätigkeit ausüben, kann, falls sie nicht von der Ortspolizei getroffen wird, vom Bezirksamt verfügt werden. Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das nationalsozialistische „Schwarzwälder Tagblatt“ verurteilt

** Die Tageszeitung „Schwarzwälder Tagblatt“ brachte in Nr. 249 vom 10. November 1931 einen Artikel mit der Überschrift: „Leben will im Herrenhaus?“, der in besonderer Aufmachung die völlig unzutreffende und bereits richtiggestellte Mitteilung enthielt, es sei in Gelsenkirchen beschlagnahmte Schmugglerware im Werte von 100 000 M von den Staatsorganen verbrannt worden. An diese Nachricht knüpfte der Artikel gehässige Bemerkungen über die Regierung und forderte in verächtlicher Weise zum Widerstand gegen die Steuerbefreiungen auf. Wegen der Ausführungen dieses Artikels, die Anlaß zu einem Verbot der Zeitung nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1 und 2 der Verordnung vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen — MGB. I S. 79 — geben würden, wurde der Verleger des „Schwarzwälder Tagblatts“ verurteilt.

Särförge für Hilfsbedürftige im Winter

Als Ergebnis einer Besprechung interessierter Kreise im Ministerium des Innern wurden folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Sowohl der Einzelhandel, wie die Konsumvereine, ebenso die Organisationen der Bäcker, Metzger und Kohlenhändler Badens sind freiwillig bereit, an der Verbilligung der Verbrauchsgegenstände des täglichen Lebens für die notleidenden Kreise der Bevölkerung nach besten Kräften mitzuwirken.
2. Alle Einzelheiten sollen örtlich in den Städten und Gemeinden gemeinsam mit den Trägern der Wohlfahrtspflege geregelt werden.
3. Bei der Verbilligung im Lebensmittelhandel soll auf Vorschlag der Landeszentrale des Einzelhandels ein Höchstmaß von 7½ Proz. gelten.
4. Einmütigkeit besteht darüber, daß unter keinen Umständen diese Verbilligungsmaßnahme zum Anlaß von Preiserhöhungen genommen werden darf. Es handelt sich um freiwilliges Wohlfahrtsopfer, das die Mitglieder der erwähnten Organisationen von Handel und Gewerbe den notleidenden Volksgenossen bringen und endgültig tragen. Das in vorstehenden Richtlinien zum Ausdruck gebrachte Vorgehen ist nur zu begründen.

Die polizeilichen Funktionen der Bezirke

Im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt ist mitgeteilt, daß die Verordnung über die polizeilichen Funktionen der Bezirke, welche bereits aus dem Jahre 1864 stammt, mit sofortiger Wirkung aufgehoben ist. Die Aufhebung stützt sich auf die badische Verordnung vom 9. Oktober d. J. Danach hat z. B. in Brandfällen die früher vorgesehene Benachrichtigung und Mitwirkung des zuständigen Bezirksamts künftig zu unterbleiben. Dagegen bleibt die Befugnis der Bezirke, wonach sie Anträge auf Beseitigung gemeinschaftlicher Mißstände, auch auf polizeilichem Gebiete, stellen können, durch die oben angezogene Verordnung unberührt.

Aus der badischen Industrie

Stillelegung des Zementwerks Leimen. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ erfährt, wird das Werk Leimen der Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, Ende November stillgelegt. Diese Maßnahme kommt nicht überraschend (in früheren Jahren erfolgte regelmäßig um diese Zeit eine starke Einschränkung der Betriebe), da die kalten Monate eine Verarbeitung von Zement nur in besonderen Ausnahmefällen zulassen. Das Werk Weisenau bei Mainz, das in erster Linie auf Export eingestellt ist, hält vorerst seinen Betrieb aufrecht. Die Schließung des Werkes in Leimen dürfte vier bis fünf Monate dauern, doch wird eine kleine Belegschaft auch während dieser Zeit beibehalten.

Tagungen

Ein Drei-Länder-Treffen der Gastwirte fand in Mühlheim (Baden) statt. Es trafen sich Gastwirte und Hoteliers aus Oberbaden, der Nordwestschweiz und des Elsaß, zusammen einige hundert Teilnehmer, darunter auch Vertreter der Verkehrsorganisationen der drei Länder. Der Zweck der Tagung war eine Aussprache über die Methoden, die zur Erleichterung und Belebung des wechselseitigen Grenzverkehrs eingeschlagen werden müssen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Referat des Syndikus des Badischen Gastwirteverbandes, Dr. Müller, Karlsruhe, der über die Fremdenverkehrs-entwicklung und Fremdenverkehrspolitik sprach. Im Anschluß an diese Ausführungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der erklärt wird, daß die Versammlung zu der Überzeugung gekommen sei, daß die bestehenden Vorschriften für den Übergang über die Grenzen, für die Bahnverbindungen und dem Autoverkehr insbesondere zwischen dem Elsaß und Baden nicht nur den wirtschaftlichen Interessen der Nachbarländer, sondern auch einer gedeihlichen Entwicklung eines freundschaftlichen Verkehrs hemmend im Wege stehen. Die Versammlungsteilnehmer erwarten deshalb, eine baldige Vereinfachung und Erleichterung der Verkehrsverordnungen.

Aus der Landeshauptstadt

Kammerjäger Dr. Hermann Bucherfennig ist als Professor für Solologejung und Leiter der Solologklassen an die Kaiserlich Japanische Hochschule für Musik in Tokio berufen worden.

Puppenbau. In der Landesgemerbehalle ist eine reizvolle Ausstellung eröffnet worden: Puppenbau. Badische Heimat — Trachten — Geschichte — Sage. Etwa 500 Trachten-Puppen sind ausgestellt. Sie führen uns deutsches Volksleben in Vergangenheit und Gegenwart vor Augen. Viele hundert fleißige Frauenhände haben unter Leitung von Frau Eichrodt in mühsamer Arbeit diese wertvollen Puppen hergestellt. Dann wurden sie in Gruppen aufgebaut. Da marschieren die Ritterschüler Herrgottsboten, da tanzen die Überlinger und Wiltlinger Damseln, eine Schwarzwälder Spinnstube ist zu sehen, ein Tanzboden im Hohenwald, ein Laubgang im Sauerland, Weinermate im Markgräflerland, Goffest in Favorit, der Tulpendieb u. a. aus Sage und Geschichte, eine bunte, vielfältige Schau, die uns die Eigenart und Schönheit badischen Volkslebens und badischer Trachten zeigt. Ein lustiges Gedicht erläutert jede Gruppe. Die Ausstellung ist bis zum 22. November geöffnet. Der Reinerlös ist für das Obdachloshaus in Mühlburg bestimmt. Die Puppen werden verlost.

Kommunistische Zerkleinerungsversuche. Wie der Polizeibericht meldet, wurden in der Nacht zum Mittwoch an den Eingängen verschiedener Polizeiwachen kommunistische Zerkleinerungsschriften niedergelegt, die für die Polizeibeamten bestimmt waren. Die Täter sind bis jetzt noch nicht ermittelt. — In Freiburg sind in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Verteilung von kommunistischen Zerkleinerungsschriften unter Beamte der Freiburger Schutzpolizei und wegen Vertriebes sonstiger kommunistischer Schriften hochverräterischen Inhalts weitere Verhaftungen erfolgt. Insbesondere wurden elf Personen in Freiburg, darunter drei Studenten, unter dem dringenden Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen.

Badisches Landestheater. Als Sonntagsvorstellungen gehen am 15. November im Landestheater Richard Strauß' musikalische Dichtung „Salome“ und im Konzerthaus die Schwan-Operette „Frauen haben das gern“ in Szene. — Am Vormittag, 11.30 Uhr, wird zahllosen dringenden Anfra-

gen und Wünschen entsprechend, eine Wiederholung der bereits zweimal mit wahrer Begeisterung aufgenommenen musikalischen „Morgensfeier“ zum Gedächtnis des Kaiserlichen Johann Strauß, und zwar diesmal mit teilweise neuem Programm, stattfinden. Wiederum wird Intendant Dr. Carl Bogemann seinen eindrucksvollen Vortrag halten. Unter den Mitwirkenden ist Lotte Fichbach neu.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Die große über England angelangte Zyklone, die uns seit gestern stürmisches und rasch veränderliches Wetter bringt, verläßt sich nun allmählich. Die Winde haben infolgedessen abgeflaut. Im übrigen steht aber noch keine wesentliche Änderung des Witterungscharakters bevor. **Vorausgabe:** Weiterhin veränderlich, mild und zeitweise noch Regen, allmählich abflauende Westwinde.

Wasserstände: Waldshut 226 plus 12, Bafel 21 plus 4, Schusterinsel 72 plus 2, Rheinweiler 153 plus 6, Rehl 225 plus 2, Razau 389 unv., Mannheim 265 plus 1, Caub 183 plus 5.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Mord an dem Gerichtsvollzieher
Bld. Zell a. S., 10. November. Der Landwirt Karl Bühler, der, wie gemeldet, den 50 Jahre alten Gerichtsvollzieher Fügler erschossen hat, wurde verhaftet. Bühler hatte sich nach der Tat in seinem Haus versteckt. Unter Polizeihauptmann Noss ging das gesamte Aufgebot der Offenburger Polizei an der Tatstelle vor. Nach einer Stunde Geranpirschens an das Haus des Täters, in dem noch eine schwerranke Mutter lag — die Frau war nach der Tat ihres Mannes geflohen — drangen die Polizeitruppen alsdann, an der Spitze Hauptmann Noss, vor. Eine Handgranate wurde gegen die Hinterwand des kleinen, einstöckigen, am Walde gelegenen Hauses gemorfen. Auf einige Schüsse der Polizei kam Bühler die vordere Treppe des Hauses herunter, die Hände in die Höhe haltend, und ergab sich. Er wurde sofort festgenommen und nach dem Amtsgefängnis Offenburg abtransportiert. Fügler sollte bei Bühler ein Kalb und ein Schwein versteigern. Während er ins Haus hineinging, patrouillierte sein Onkel vor dem Hause auf und ab. Plötzlich fielen Schüsse im Hause und gleich darauf kam Fügler zur Haustüre heraus und rief um Hilfe, fand aber in sich zusammen und war tot. Bühler gab auf den am Boden Liegenden noch vier bis fünf Schüsse ab. Der Verwandte des Toten, der zur Hilfe eilen wollte, sprang noch rechtzeitig beiseite, denn der Täter schoß blindlings weiter. Darauf versteckte sich der Täter in seinem Anwesen. Es folgte die oben geschilderte Belagerung des Hauses und die Festnahme des Täters.

Bld. Heidelberg, 10. Nov. Die Große Strafkammer hatte sich heute noch einmal mit den Heidelberg Studentennunruhen, und zwar mit der Berufung der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Urteil gegen den 25 Jahre alten Studenten der Medizin, Karl Georg Dör, aus Ludwigshafen, zu befassen, der wegen Nötigung zu 50 M Geldstrafe verurteilt worden war. Die Berufung richtete sich gegen die Verurteilung Dörers wegen Widerstands. Der von Rechtsanwalt Napp, Karlsruhe (Nat.-Soz.), verteidigte Angeklagte, wurde nach eingehender Beweisaufnahme mangels ausreichenden Beweises von Widerstand und von Nötigung freigesprochen. Die Angelegenheit dürfte damit endgültig erledigt sein.

Bld. Osterburken, 11. Nov. Beim Vollzug einer Pfändung wurde hier der auffachsführende Gerichtsvollzieher tödlich angegriffen. Nachdem die Gendarmerte zur Stelle war, konnte die Pfändung vor sich gehen.

Bld. Wischweier (bei Rastatt), 11. Nov. Am 10. November nachts gegen 1.30 Uhr brach in der Scheune des Wilhelm Dehmer in Wischweier ein Brand aus, dem innerhalb 1½ Stunden die Scheune mit angehafter Stallung vollständig zum Opfer fielen. An dem Wohnhaus ist der Dachstuhl abgebrannt. Der Brandursache, der sich in möglichem Vermögensverhältnissen befindet und überversichert sein soll, wurde wegen dringendem Verdacht, den Brand selbst gelegt zu haben, mit seinen beiden Söhnen festgenommen.

Bld. Nordbrach (bei Zell a. S.), 10. Nov. Ein im Armenhaus ausgebrochener Brand, über den wir schon berichtet haben, ist von einem 13jährigen Mädchen vorsätzlich gelegt worden. Die jugendliche Brandstifterin war früher schon in Zwangs-erziehung. Sie ist auch eines Diebstahls verdächtig.

Bld. Mühlheim, 10. Nov. Die Leitung des Bugginger Kaliwerkes hat sich veranlaßt gesehen, trotz der Schachtöffnung am Montagvormittag die Arbeit noch nicht aufzunehmen, da erst die Ventilatoren längere Zeit arbeiten müssen. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist jetzt für Donnerstag vorgesehen. Wie mitgeteilt wird, waren von dem Brand 20 Meter Strecke und 40 Meter Bremsberge in Mitleidenschaft gezogen worden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	11. November		10. November	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.83	170.17	169.88	170.22
Kopenhagen 100 Kr.	90.41	90.59	90.66	90.84
Italien . . . 100 L.	21.78	21.82	21.78	21.82
London . . . 1 Pf.	15.94	15.98	15.94	15.98
New-York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.55	16.59	16.56	16.60
Schweiz . . . 100 Fr.	82.24	82.40	82.24	82.46
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Zum Zusammenbruch der Siedlungsgesellschaft Badische Salz G. m. b. H. in Heidelberg, wird noch gemeldet, daß das Grundkapital dieser Gesellschaft sich wie folgt verteilt: der badische Staat 22 000 M., die Stadt Heidelberg 19 000 M., der Kreis Heidelberg 4 000 M., die Gemeinden Dossenheim, Leimen, Redargemünd, Schriesheim, Waldhof, Bieglhausen insgesamt 25 800 M. Insgesamt kommen auf den Staat, den Kreis und 20 Gemeinden 54 680 M., Privatgesellschaften und Unternehmungen in Heidelberg 49 900 M., private Gesellschaften außerhalb Heidelbergs 52 000 M. Die Rheinische Hypothekendarbank Mannheim teilt mit, daß ihre Hypotheken erstklassig gesichert seien. Für die Hypotheken haben Staat und die Stadt Heidelberg noch Bürgschaften gegeben. Die Gesellschaft ist schon seit längerer Zeit stark verschuldet und mußte einen großen Teil ihres Wohnungsbesitzes an die Gläubiger verpfänden, in erster Linie an die Rheinische Hypothekendarbank in Mannheim. Das Grundkapital betrug zuletzt 185 000 M. Über den Status ist zur Zeit noch nichts bekannt. Es handelt sich um Hunderte von Wohnungen in Heidelberg und Umgebung im Gesamtmerkte von mehreren Millionen Reichsmark. Das Wertvolle dabei sind zwei im Stadtteil Sandshausen gelegene Häuserblöcke, die errichtet worden zu einer Zeit sehr hoher Baukosten, was wohl vor allem zur Überschuldung der Gesellschaft beitrug.

Badische Baumwoll-Spinnerei und Weberei A.-G., Neustadt (Ettlingen). In der Generalversammlung am Dienstag wurden lediglich folgende Veränderungen vorgenommen: Das Vorstandsmitglied Wiedmann wurde als Aufsichtsratsmitglied bestätigt und Betriebsleiter Heuser als Vorstandsmitglied bestellt.

Amerikanische Beteiligung an der Berliner Handelsgesellschaft. Im Zusammenhang mit einem Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Berliner Handelsgesellschaft und der Firma M. M. Warburg u. Co. in Hamburg, hat eine ausländische Gruppe unter Mitwirkung der Firma M. M. Warburg u. Co. einen Posten Handelsanteile erworben. Es handelt sich um ein Aktienpaket, das aus Aktien der Berliner Handelsgesellschaft stammte. Der Umfang des Pakets dürfte die Schätzungen von 10 Proz. des Grundkapitals wesentlich, und zwar vermutlich um das Doppelte übersteigen. Das Grundkapital der Berliner Handelsgesellschaft beträgt 28 Mill. Reichsmark. Der Verkauf erfolgte nach einer Meldung des Börsen-Kurier an ein amerikanisches Bankensortiment, das durch die New-Yorker Verbindung von M. M. Warburg gebildet wurde.

An den Getreidemärkten in Chicago erfolgte am Dienstag ein starker Preiseinbruch, der vom Roggenmarkt seinen Ausgang nahm.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Lehrkurse im Aufbeschlagn an den staatlichen Aufbeschlagnschulen.

Der nächste Lehrkurs an den staatlichen Aufbeschlagnschulen wird am

Montag, den 4. Januar 1932,

beginnen. Gesuche um Aufnahme sind spätestens bis zum 6. Dezember 1931 an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller besuchen will; später eingehende Zulassungsgesuche können nicht berücksichtigt werden.

Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und über den Lehrplan, erteilen auf Anfrage die Bezirksamter und die Vorstände der Aufbeschlagnschulen. Karlsruhe, den 9. November 1931.

Der Minister des Innern
Maier.

Losvertrieb.

Dem Volkswachbund in Hamburg wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 9. November 1931.

Der Minister des Innern.
Maier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:
Domänenabteilung:

In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes:
Finanzinspektor August Schildhorn in Karlsruhe.

Zuckerkrank

Kein Hungertod. Große Erfolge. Kostenl. Ausf. u. Entsch. berichte: Ch. Meyer, Sträßburg, Postfach 243, Kohl 208 (Bad.)

Bad. Landesbauparlasse, Mannheim

Die VII. Baugeldzuteilung findet am
Dienstag, den 24. November 1931,
nachmittags 4 Uhr

zu Mannheim im Verwaltungsgebäude des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes, Augusta-Anlage 33/41 statt. 2.546

Der Vorstand.

Für den Schächerbezirk II Karlsruhe-Stadt ist die Bestellung eines **Bezirksbauhäfers** und eines **Stellvertreters** nötig geworden. R. 701
Bewerbungen mit Angaben über die Vorbildung sind unter Anschluß von Zeugnissen über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und eines Zeugniszeugnisses innerhalb 4 Wochen hierher einzureichen.
Karlsruhe, den 4. November 1931.
Bad. Bezirksamt II. D. 3. 67



374. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Weintraub, Inhaber Kaufmann Heinrich Weintraub in Karlsruhe, Kronenstr. 52, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: **Mittwoch, den 25. November 1931, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamedstraße 8, 3. Stad. Zimmer Nr. 252. Karlsruhe, den 2. November 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 8.

Wir werben für Sie!

Fr. 13. 11. Mina. Sa. 14. 11. Im weißen Köhl. So. 15. 11. Morgenfeier „Johann Strauß“. Abends: Salome. Im Konzerthaus: Frauen haben das gern.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 45

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 263

11. November 1931

Des alten Bauern Martinitag

Es war einmal eine schöne Zeit in den deutschen Landen. Da gab es viel kleine reiche Leute. Auch die Bauern zählten dazu. Am Martinitag nahm der Bauer seinen alten, knorrigen Stod mit dem ledernen Riemen und den ledernen Troddeln aus der Ecke, setzte seine schwarze Kappe mit dem steifen glänzenden Schild auf und machte sich auf den Weg nach der Stadt. Seine Rocktasche barg einen ledernen Beutel, den man an Lederriemern auf- und zuziehen konnte, so wie ihn heute noch manche Kauder für ihren Tabak mit sich tragen.

Aber des Bauern Ziehbeutel war mit wertvolleren Dingen gepackt. Lauter harte Talerstücke und Fünferstücke aus Silber hatte er darin, die gaben einen hellen Klang, wenn man sie auf den Tisch zählte. Das Schönste aber waren die Goldstücke, aus echtem, reinem Gold gemacht durch und durch. Unsere Kinder kennen nur die Schokoladengoldstücke, in Goldpapier eingepackt. Die früheren Goldstücke aber waren schwer, glänzten und glitzerten, eines hatte einen Wert von 10 oder 20 silbernen Markstücken. Mit solchen schönen Schätzen wanderte der Bauer am Martinitag in die Stadt. Ehrlichkeit, Zutrauen und Vertrauen beherrschten noch die Welt. Daß er wegen der kleinen Barschaft unterwegs angepöckelt und beraubt werden könne, das fiel ihm gar nicht ein. Nur von Zeit zu Zeit griff er nach seiner Rocktasche, um sich zu überzeugen, ob der schwere Beutel noch da sei, denn gar leicht hätte dieser ein Loch durch das Futter reißen und herausfallen können.

In der Stadt lenkte er seine Schritte nach dem Domänenamt. Im Vorraum der Kasse standen noch mehr Bauern; ihre Mühen hatten sie an die Haken an der Wand gehängt. Auf der Bank ruhte er wartend aus, bis die Reihe an ihn kam. Dann ging er an den Schalter, zog seinen grünledernen Beutel aus der Tasche und zählte mit seinen harten, ungelenteten Fingern einige Gold- und Silberstücke sorglich auf die Platte, indes der Beamte die Zahlung quittierte und das Geld nachzählte. Sei, wie flink sprangen dem die Münzen unter den Fingern hervor. Dann ging er zur evangelischen Kirchenschänke, zur katholischen Kollektur, zur städtischen Sparkasse und zu einem Privatmann aus dem Heimatdorf, und überall wiederholte sich das Spiel mit den Geldstücken.

In jener Zeit war Martini der Finstag. Da mußten die Pachtgelder für Weizen und Acker, die Kaufschillinge für Grundstücke und die Hypothekenzinsen (Zinsen für „Obligationen“) bezahlt werden. Ein Bauer schreie nicht gern, läßt auch die Post nicht gerne in seine Sachen hineinsehen. Sicher ist sicher, lautet sein Wahlpruch, darum bringt er selbst.

So wars an Martini früher. Überall Geld, bar Geld und schönes Geld. Man konnte lange suchen, bis man bei einem Bauern eine Brieftasche entdeckte. Die kannte der frühere Bauer nicht. Selbst die damaligen sicheren Hundertmarkscheine schaute er mißtrauisch an; fünf schwere Goldstücke dafür waren ihm lieber.

Mit dem 1. Januar 1900 hat das Bürgerliche Gesetzbuch mit diesem lange bestandenen Finstertage Martini — und mit allem anderen — aufgeräumt, und die Vierteljahrserfassen als Termine festgesetzt. Aber „Martini“ ist heute noch nicht aus dem Wörterbuch des Bauern verschwunden. Für ihn bleibt Martini das Ende des bäuerlichen Erntejahres.

Noch viel früher aber, da fuhren zu Martini die Bauern mit ihren Fuhrwerken vor die Klöster, Burgen und Schlösser mit Getreide, Mehl, Wein und anderen Dingen. Auf den Schultern der Bauernjöhne wanderten die Säcke mit Hafer, Roggen, Weizen und Spelz die Treppen hinauf in den riesigen Kornspeicher, wie uns das Kloster Maulbronn noch einen zeigt. Säcke mit Linsen und Erbsen folgten. Das feine Mehl ließ der Bruder Küchenmeister prüfend durch seine Finger gleiten. Hanf und Flachs, auch Garn und Leinen waren der Schlossfrau aus dem Schloß sehr willkommen. Aus irgendeinem Versteck in der langen Wagenreihe hörte man das Schnattern der Gänse, der Schnschreie aus vollem Halse kein Kikeriki! und die Sühner gackerten.

Alle diese Dinge stellten Geld dar, den Pachtzins; sie waren die verbrieften Abgaben für Lehen, für Ackerpacht, für Weinberge, für das Recht der Fischerei, für Pacht der Klostermühle, für Befreiung von der lästigen Fronarbeit, für Leibzins, für Herd- und Rauchzins usw.

In den Fässern der Weinbauern rumorte der junge Wein, den der Bruder Kellermeister sorglich in den tiefen Klosterkeller schaffte. Butter und Eier häuften sich in den Vorratsräumen; prüfend und zufrieden guckte der Bruder Küchenmeister in den gefüllten Sonntagtopf, dessen Inhalt den ledernen Lebkuchen zu Weihnachten seine dufende Würze verleihen sollte. Auch klingende Münze verlangten Schloß und Burg und Kloster in guter Währung, und es war kein leichtes, bei dem verworrenen Münzrecht der Städte, Staaten und Herren und der verschiedenen Währungen den richtigen Wert zu errechnen.

Bestanden so die Herren und die Klöster auf genauer und peinlicher Entrichtung der Abgaben laut verbrieften Rechts, so tat die Gegenseite dasselbe. Nicht selten bewilligte eine alte Urkunde den Bauern bei der Ablieferung

der Gefälle eine kleine Abzug. Ohne die gingen sie nicht fort, und galt es auch nur einen Käse mit Brot und einen Schoppen Wein; sie bestanden auf Erfüllung des altverbrieften Herkommens.

Unser Bauer aber, als er allen Zins bei Soller und Pfennig bezahlt hatte, guckte in den leeren Beutel. So genau hatte er daheim alles auf den Pfennig ausgerechnet und mitgenommen gehabt. Aber frohen Mutes durchschritt er die bekannten Straßen der Stadt; denn er war ein freier Mann, wenn er auch Acker in Pacht bebaut. Das schadete seinem Ansehen nichts. Im „Hirschen“ aber lehrte er ein, setzte sich an den Tisch neben den warmen Ofen und bestellte sich ein Viertel alten Wein für 25 Pfennig. Dazu schnitt er sich von dem mitgebrachten Stief Bauernbrot einen herzhaften Bissen nach dem anderen ab und ließ es sich trefflich schmecken. Als er fertig war, zog er seinen abgegriffenen Geldbeutel heraus, legte die 25 Pfennig für seinen Wein auf den Tisch und ward von dem Hirschwirt mit freundlichem Gruß zur Türe begleitet. Mit dem alten Stod in der Hand wanderte unser Bauersmann frohgemut seinem heimatlichen Dorfe zu. So war der Martinitag unserer alten Bauern.

B. Sigmund

Heimatkurs der „Badischen Heimat“ in Waldshut

Nach den Heimatkursen in Kehl und Stodach, die vielfältige Anregungen schenkte, veranstaltete der Landesverein Badische Heimat eine weitere Vortragsfolge in Waldshut unter Berücksichtigung des ganzen Oberrheingebietes und vor allem des Sogenannten.

Als erster Redner des ersten Tages sprach der Schriftleiter der „Badischen Heimat“, Professor Hermann Eis Duffe, Freiburg i. Br., über „Heimatsbildung, Heimatforschung und Heimatpflege“. Es war dies ein Vortrag, der — auch sprachlich ein Meisterwerk —, innigste Verbundenheit mit dem Wesen der Heimatpflege und ihrer mannigfaltigen Gebiete offenbarte. Die Zahl der ernsthaften Heimatfreunde muß sich sehr vergrößern, zumal Heimatbildungsboden von ewiger Fruchtbarkeit, Heimatgut überall zu entdecken ist. Die Scholle bleibt das notwendige Gegengewicht gegenüber den Übersteigerungen des reinen Intellekts, oder der reinen Körperkräfte. Heimat- und Stammesverbundenheit schaffen bei der Herrschaft unserer Völker durch Konfession, Beruf, Partei die einzige gemeinsame Plattform. Der Schauplatz der Heimat (der Redner ging in wertvollsten Erkenntnissen auf Familie, Ahnenkunde, Heimatmuseen, Mundart, Heimat- und Naturschutz ein) ist unbegrenzt, aber gerade deshalb müssen alle an ihm an ihre teilhaben, dann begegnen wir mit Erfolg der Verflachung, wobei nicht verhoßen sei, daß natürlich die kulturelle Entwicklung der Gegenwart und in der Zukunft nicht minder wichtig ist. Schollenrecht und Bodentreue, Volkstum und Ahnenangabe sollen nicht angetastet werden, ohne die äußerste Notwendigkeit. Mit warmem Herzen und mit volkwirtschaftlicher Einsicht wollen wir der Volkswohlfahrt dienen, Postulatenromantik ablegen, durch die Heimatbildung den modernen Geist der Zeit aus dem kraftvollen Nährboden der natürlichen Überlieferung herauswachsend, heimatgemäß anwenden lernen und lehren.

Die zweite Stunde gehörte einem nicht minder interessanten Gebiet, für das Privatdozent Dr. Georg Kraft, Freiburg i. Br., gewonnen war, der an Hand von anschaulichen Lichtbildern sprach über „Aus der Vorseit des Bezirkes Waldshut“. Dieses Gebiet hat in vorgezeichneten Zeit eine große Rolle gespielt; entsprechend der Mannigfaltigkeit seiner Bodenformen werden je nach der Zeitlage immer wieder andere Teile bevorzugt. Scheinbar ganz unzugänglich für den vorgezeichneten Menschen ist der Sogenannte; aber gerade hier haben sich in der letzten Zeit Anzeichen gefunden, so daß mit großen Überzeugungen zu rechnen ist. In aller Zeit bezieht waren die Täler des Rheins und seiner Zuflüsse. Besonders wichtige Aufschlüsse liegen aus dem Juraausflußgebiet vor, wo seit Jahrzehnten Herr Württembergers sammelt. Vor fünf Jahren wurden in Altenburg in einer Kiesgrube eine Siedlung und ein Friedhof aus der Jungsteinzeit, ein Friedhof aus der Hallstattzeit und eine Siedlung aus der La-Tène-Zeit aufgedeckt. Handelsstraßen am Rhein bezeugt der Verbleib von Allfaden der Bronzezeit (2000—1000 v. Chr.) bei Waldshut, der in der Schweiz Parallelen hat. Die Hallstattzeit (1000—500 v. Chr.) bestattete ihre Toten in großen Grabhügeln. Aus der keltischen La-Tène-Zeit (500 v. Chr.) stammen die schönen Grabfunde von Tengen und die große Volksburg von Altenburg. Die Römer marschierten von ihrem Regionslager Windonissa (Windisch bei Brugg) über Zurzach nach Schleithelm und Hüfingen. Eine andere Straße führte den Rhein entlang (Waldschbrücke bei Fessenlen). Zahlreiche Gutshöfe bedekten das Land (Rhina, Waldshut, Gurtweil, Geislingen usw.). Schließlich nahmen die Alemannen Besitz vom Alb- und Aletgau. Leider sind ihre Gräber im Bezirk Waldshut noch nicht mit Sorgfalt beobachtet worden. Ein und wieder wurden wenigstens Steinschriften als Sarg gemeldet.

In der dritten Stunde behandelte in anschaulicher Weise Dr. Hellmuth Kiefer, Freiburg i. Br., wieder durch Lichtbilder unterstützt, „Die Geologie der Umgebung von Waldshut“.

Das gegenwärtige Bild jeder Landschaft läßt sich nur aus seiner geologischen Vergangenheit erklären. Gerade die Umgebung von Waldshut erfährt in den verschiedenen geologischen Zeiträumen überaus interessante Umgestaltungen. In präpaläozoischer Zeit, aus der wir noch keine Überreste irgendwelcher Lebewesen gefunden haben, bildeten sich Sedimente und Eruptivgesteine, die in wahrscheinlich mehreren großen Gebirgsbildungen durch hohen Druck und Temperatur zu Gneisen umgewandelt wurden, die heute zwischen Wehra und Alb an den Rhein herantreten. Vom älteren Paläozoikum wissen wir nichts genaues; das jüngere brachte uns im Karbon Konglomerate, Sandsteine usw., und die großen Schwarzwälder Granitmassive und vor allem die Bildung des Karbonen Schwarzwaldes, der ein Glied des großen variszischen Gebirgszuges war, der vom französischen Zentralplateau über Schwarzwald-Vogesen zum Erzgebirge,

Sudeten, Böhmermassiv usw. zog, und zu dem auch das rheinische Schiefergebirge gehört. Der Abbruch des Paläozoikums, das Perm, brachte eine große Einbeugung des ganzen Gebirges, eine Festebene, von der zu Beginn des Mesozoikums der Buntsandstein Besitz ergriff, der bei Rastatt bis 1000 Meter, im Süden aber nur noch wenige Meter mächtig ist, bei Waldshut sein Ende erreicht und von alten Resten des Karbonen Gebirges von der mesozoischen Tiefe getrennt war. Das Rutschkalkmeer brachte Kasse, Dolomite und Salze, die gerade für Waldshuts Umgebung Bedeutung haben. Im Keuper und durch den ganzen Jura hindurch war das Oberheingebiet ein Besitz des Meeres, das Kasse, Dolomite, Mergel, Tone usw. absetzte, deren Schichtfolge wir in einem Profil von Waldshut nach Schaffhausen studieren können. Zur Kreidezeit war Südwestdeutschland ein Hochgebiet, das über den Meerespiegel hinausragte. Mit dem Tertiär beginnt das Känozoikum, das der Landschaft ihr heutiges Oberflächenbild auftrug. Im alten Tertiär bildete sich das Rheintal als große Bruchlinie, vom Meer erfüllte Senke, in der bis 1500 Meter Oligozängesteine, der Schutt des aufsteigenden Schwarzwaldes und der Vogesen abgesetzt wurde. Im darauffolgenden Miozän wurden in der nördlich der heutigen Alpen sich entwickelnden großen Senke, die vom Rhonetal bis nach Wien reichte, ebenfalls Schwarzwaldschutt und von den sich bildenden Alpen mächtiger Alpengeschutt abgelagert, die sogenannte Molasse mit ihren verschiedenen Küstenbildungen (Ragelshut). Ins Miozän-Miozän fällt die Bildung des Faltenjuras, der Alpen, des Rheintalgrabens und der verschiedenen Störungen, welche die in der Umgebung von Waldshut zutage tretenden Schichtgesteine durchstießen. Das Diluvium brachte einen Temperaturrückgang, was in den Alpen die Bildung riesiger Gletscher verursachte, die ein mächtiges Inlandeis in die nördliche Senke schickten, das eben nach Waldshut erreichte. Mehrere solche Eiszeiten schufen verschiedene Moränen und Schotter, die eine nach Norden bis Nord-Westen geneigte Ebene erzeugten, die bis zur Schwäbischen Alb und zum Schwarzwald reichte. Die riesigen Rhein- und Aaregletscher entleerten ihre Schmelzwässer über diese große Schotterebene und erzeugten einen Abfluß in einer Rinne, dem Rheine, nach Westen. Als der Bodenseegebirge einbrach, wurde diese ganze Ebene tiefer gelegt, die Wasser konnten in die Tiefe sich einmengen und bildeten allmählich in verschiedenen Stufen den heutigen Rheinfluß, dem auch die Wutach zuzielte, die früher zur Donau floß. Diesen jungen Flüssen verdankt die Umgebung von Waldshut ihr heutiges Gepräge, wie die ganz in das Grundgebirge eingeriffene Alb, wie die die ganze mesozoische Schichtfolge durchdringende Wutach, endlich der Rhein, der in seinem heute verlassenen Arm von Schaffhausen über Neunkirch, Griesheim, Tengen die Jurafundamente durchbrach und auch bei der Bildung des Abflusses zwischen Zurzach und Schaffhausen mitwirkte, der ganz charakteristische Berge, wie z. B. die Ruffenburg, erzeugte.

Die drei Redner ernteten herzlichen Beifall von einer sehr dankbaren Zuhörerschaft.

Allgemein bildende Vorlesungen an der Technischen Hochschule Karlsruhe

Das gesteigerte Bedürfnis breiter Schichten der Bevölkerung nach Vervollkommnung ihrer Bildung rechtfertigt einen Hinweis auf die allgemein verständlichen Vorlesungen, die an der Technischen Hochschule Karlsruhe gehalten werden. Der Besuch steht Personen beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, offen. Näheres ist aus den Anschlägen an den „Schwarzen Brettern“ in der Vorhalle der Hochschule zu erfahren.

Von den Vorlesungen, die besonderen Anklang finden dürften, seien z. B. erwähnt, die von Holl: Das deutsche Drama (2 St.), Das deutsche Theater (1 St.), Englischer Sprachkurs (2 St.); Dreuer: Versicherungsmathematik (2 St.); Schnabel: Wirtschaftsgeschichte im Zeitalter der Industrie und der Weltwirtschaft (2 St.); Der moderne Staat in geschichtlicher Entwicklung (1 St.); Wehrle: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (2 St.); Volkswirtschaftliche Übungen (2 St.); Finanzwissenschaft (2 St.); Wulzinger: Kunstgeschichte, Renaissance (3 St.); Der Wohnraum und seine Wandel (1 St.); Friedrich: Berufsarbeit und Beruflichkeit (2 St.); Praktische Beispiele der Menschenführung aus Beispielen des Wirtschaftslebens (1 St.); Sozialpsychologische Aufgaben des Betriebsingenieurs (2 St.); Die persönlichen Aufgaben des Betriebsingenieurs (1 St.); Hirsch: Christliche Kunstarchäologie, das Baumwesen der Orden und Kongregationen (1 St.); Badische Baumeister (1 St.); Ott: Bildungsideale (1 St.); Stein: Die Kreditbeschaffung der industriellen Unternehmung (1st St.); Drems: Das Wesen der Religion (2 St.); Angerer: Geschichte der Philosophie vom Ende der Antike bis zur Aufklärungszeit (2 St.); Ufal: Deutsches Verwaltungsrecht (2 St.); Cassimir: Deutsche Musik von Richard Wagner bis zur Gegenwart (1 St.); Emele: Arbeiterethik (2 St.); Kollbecher: Französische Sprache (2 St.); Kallauer: Wuchhaltung des Gewerbebetriebs (1 St.); Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre (1 St.); Schneider: Soziale Gesetzgebung (1 St.); Anruh: Russische Sprache (2 St.); Walter: Kartentunde (1 St.); Allgemeine Wirtschaftsgeographie (1 St.); Winkler: Grundzüge des bürgerlichen Rechts (2 St.); Heigenthal: Einführung in den Städtebau (1 St.); Regner: Deutsche Industriebetriebe, erläutert an technischen Lehrfilmen und Lichtbildern (1 St.); Noedder: Spezialgebiete des Maschinenbaus und der Elektrotechnik in englischer Sprache (2 St.); Reppeler: Synoptische Meteorologie (2 St.); Meteorologische Übungen (2 St.); Die Klimate der Erde (1 St.); Paulde: Geologie (4 St.); Vulkanismus (1 St.); Einführung in die Mineralogie (1 St.); Auerbach: Spezielle Zoologie (Wirbeltiere) (3 St.); Wirbeltiere der Heimat (2 St.); Frenzen: Lebensweise und Bau hornlecker Tiere und Pflanzen (2 St.); Gähringer: Leitfossilien (2 St.); v. Gierle: Grundzüge der Bakteriologie (1 St.); Genglein: Spezielle Mineralogie (2 St.); Goltmann: Soziale Hygiene (2 St.); Schwarz: Allgemeine Botanik (3 St.); Allgemeine Mikrobiologie (1 St.); Mikrobiologisches Praktikum (3 St.); Schwarzmann: Gefäßkunde (1 St.); Leininger: Abstammungs- und Entwicklungslehre (1 St.); Zoologisches Praktikum (3 St.); v. Rezold: Sexualpädagogik (1 St.).

Außerdem finden wiederum in diesem Semester Rechtsanwaltschaftliche Vorträge von Mitgliedern der Badischen Anwaltskammer in den Monaten November und Dezember jeweils am Dienstagabend von 7 bis 8 Uhr im Aulagebäude, Hörsaal Nr. 9, 1. Obergesch., statt. Diese letzteren Vorträge sind öffentlich und unentgeltlich.

Druck G. Braun, Karlsruhe.